



## Verkleinerung des Bundestages: Wahlrechtsreform der Ampel stoppen CDU/CSU-Fraktion klagt vor Verfassungsgericht in Karlsruhe

Unumstritten ist: Der Deutsche Bundestag ist zu groß. Doch die Art und Weise, wie die Ampel-Koalition die Zahl der Abgeordneten verringern will, verstößt höchstwahrscheinlich gegen das Grundgesetz. Deshalb hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gemeinsam mit anderen vor dem Verfassungsgericht gegen die Wahlrechtsreform geklagt. Wegen der Bedeutung des Prozesses waren Fraktionschef Friedrich Merz und CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt beim Prozess anwesend.

„Das Wahlrecht der Ampel verletzt in geradezu grober Weise die Chancengleichheit der politischen Parteien im Deutschen Bundestag“, sagte Merz zu Beginn der Verhandlungen in Karlsruhe. Die „fundamentale Veränderung“ des Wahlrechts sei „offensichtlich rechtswidrig, verfassungswidrig“, fügte er hinzu. Auch Dobrindt sprach von einem unzulässigen Eingriff der Ampel in den Wettbewerb der Parteien. Der Wähler-

wille werde missachtet.

Der Bundestag umfasst derzeit 734 Abgeordnete. Ursprünglich war eine Regelgröße von 598 Abgeordneten geplant. Nach der Wahlrechtsreform der Ampel, die im Juni vergangenen Jahres in Kraft getreten ist, soll es künftig nur noch 630 Mandate geben.

Um auf diese Zahl zu kommen, sollen Überhang- und Ausgleichsmandate wegfallen. Überhangmandate gab es bislang dann, wenn eine Partei mehr Direktmandate gewann, als ihr Prozentanteil bei den Zweitstimmen für die Listenkandidaten hergab. Für diese überzähligen Direktmandate bekamen andere Parteien Ausgleichsmandate.

Nach dem neuen Ampel-Wahlrecht können Gewinner von Direktmandaten nur dann in den Bundestag einziehen, wenn ihre Mandate von der Anzahl der

Seite 2



### Liebherr beim Parlamentarischem Abend in Berlin

Als Abgeordneter des Wahlkreises Biberach, wo Liebherr in Kirchdorf gegründet wurde und heute viele Liebherr-Unternehmen ihren Standort haben, war Josef Rief natürlich beim Parlamentarischem Abend der Parlamentsgruppe Luft und Raumfahrt dabei, der dieses Mal in Zusammenarbeit mit dem familiengeführten Unternehmen stattfand.

Mit den Familienmitgliedern Willi, Jan und Philipp Liebherr, die dem Liebherr-Verwaltungsrat angehören, sprach Rief über die Aussichten und Herausforderungen am Wirtschaftsstandort Deutschland. ■

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



## Fortsetzung von Seite 1

Zweitstimmen gedeckt sind, die ihre Partei erzielt. Das heißt: mehrheitlich gewählte Abgeordnete können leer ausgehen. Außerdem fällt die sogenannte Grundmandatsklausel weg. Sie garantierte bislang, dass eine Partei, die an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert, trotzdem in den Bundestag einziehen kann, wenn sie mindestens drei Direktmandate gewinnt.

Merz betonte: „Wir sind uns mit der Koalition völlig einig, dass der Deutsche Bundestag kleiner werden muss.“ Die Union habe dazu Vorschläge gemacht. Dobrindt verwies darauf, dass die Reformvorschläge ebenfalls zu einer Verringerung der Sitze auf 630 ge-

führt hätten. Die Reduzierung hätte man aber erreicht, ohne das Wahlsystem komplett zu ändern, wandte er ein. Die jetzige Reform kann laut Merz dazu führen, dass ein Wahlkreis oder ein ganzes Bundesland nicht mehr im Bundestag von der Partei vertreten wird, die vor Ort die Mehrheit oder die meisten Wahlkreise gewinnt. Als Beispiel führte der Fraktionsvorsitzende die CSU an, die nur in Bayern zur Wahl steht. Regelmäßig gewinnt sie dort fast alle Wahlkreise. Sollte sie künftig jedoch einmal bundesweit unter der Fünf-Prozent-Hürde bleiben, könnte kein einziger dieser direkt gewählten Abgeordneten in den Bundestag einziehen. ■

## CDU/CSU-Fraktion will Wachstum ankurbeln

Die Wirtschaft hierzulande wächst kaum noch. Deutschland ist sogar Schlusslicht der G7-Staaten. Und die Aussichten für mehr Wachstum in Zukunft sind trübe. Anstatt die Wirtschaft beherzt aus der Krise zu führen, streiten die Koalitionspartner in der Ampel. Die CDU/CSU-Fraktion hat hingegen eine klare Vorstellung, wie sie die Konjunktur ankurbeln kann.

Die Prognosen sind wenig ermutigend. Der Internationale Währungsfonds (IWF) traut der deutschen Wirtschaft in diesem Jahr nur noch ein Wachstum von 0,2 Prozent zu. Im Januar erwartete der IWF für Deutschland noch 0,5 Prozent. Damit ist der Trend klar: Es geht in diesem Jahr abwärts. Im Gegensatz dazu wächst die Weltwirtschaft voraussichtlich um 3,2 Prozent. Für die Industrieländer liegt die Prognose bei 1,7 Prozent. Was tut die Ampel? Nichts. Die Ampel streitet. Denn Bundesfinanzminister Lindner und Wirtschaftsminister Habeck haben völlig unterschiedliche Vorstellungen

davon, wie man die Wirtschaft auf Wachstumskurs bringen kann. Sie reden großspurig von einem „Dynamisierungspaket“. Doch ohne Einigung auf konkrete Maßnahmen bleibt das eine Worthülse.

In einem Brief an den Kanzler hat die CDU/CSU-Fraktion schon im Februar Sofortmaßnahmen gefordert, um Deutschland wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Auch im Bundestag hat die Union bereits mehrfach eine Wirtschaftswende gefordert. In dieser Woche hat sie einen Leitantrag vorgelegt, in dem sie die Regierung zum Handeln auffordert. Ihre Vorschläge unter anderem: die Unternehmenssteuern auf 25 Prozent senken und Anreize für Mehrarbeit setzen. Die kalte Progression in der Einkommenssteuer soll ausgeglichen werden, damit Arbeitnehmern mehr Netto vom Brutto bleibt. Wenn Bürgergeldempfänger die Aufnahme von Arbeit verweigern, sollen sie stärker sanktioniert werden. ■



Der Rechnungsprüfungsausschuss traf sich in dieser Woche mit dem Bundesrechnungshof und seinem Präsidenten Kay Scheller zu einer gemeinsamen Klausurtagung